Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 342. Donnerstag den 8. December 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem das Entlassungsgesuch des Herrn Stadtverordneten Kunstgärtner Emil **Böttger** in der Stadtverordnetensitzung vom 30. November a. c. für begründet erachtet und derselbe daher seines Amtes enthoben worden ist, so ist bei der am 8., 9. und 10. dss. Mts. stattfindenden Ergänzungswahl **ein unansässiger** Bürger mehr zu wählen.

Wir machen dies mit der Bemerkung bekannt, daß nunmehr jeder Abstimmende 10 ansässige und 11 unansässige Bürger zu wählen hat.

Leipzig, am 3. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. N.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Schlosser

Herr **Friedrich Bernhard Oscar Mädel** hier,
Floßplatz Nr. 29,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 5. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Altmann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Schlosser

Herr **Wilhelm Becker hier, Kohlenstraße Nr. 7,**

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 5. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Altmann.

Nicolaigymnasium.

Anmeldungen für Ostern 1882 wird der Unterzeichnete am **5., 6., 8. und 9. December** von 12—1 Uhr in seinem Dienstzimmer (Schulgebäude, pt.) entgegennehmen. Wünschenswerth ist, daß gleich bei der Anmeldung **die letzte Schulcensur, der Tauf- (Geburts-) und Impfschein** beigebracht werden. Die Classen Quinta und Quarta werden voraussichtlich Ostern 1882 durch die vorhandenen Bestände so gefüllt werden, daß es zweifelhaft ist, ob Aufnahmen in dieselben werden statthaben können.

Leipzig, den 1. December 1881. Dr. **Th. Vogel.**

Nichtamtlicher Theil.

Die Hamburger Frage und das Centrum.

Die Aussichten für die Annahme der Zollanschlußkostenvorlage beginnen in bedenklicher Weise sich zu trüben, und je mehr die bezügliche Reichstagscommission in der Einzelberathung verrückt, desto klarer treten die in der Sache selber liegenden Schwierigkeiten hervor. Es zeigt sich dabei das merkwürdige Schauspiel, daß gerade Diejenigen, welche anfänglich zu dem größtmöglichen Entgegenkommen gegen den Standpunct der Reichsregierung geneigt waren, aus den inzwischen gemachten Nachfragen die Gründe für eine Aenderung ihrer Ansichten entnehmen.

Die staatsrechtlichen Bedenken, die in der Commission auftauchen und von denen die Windthorst'sche Erinnerung bezüglich des Stader Zolles nur einen verhältnißmäßig untergeordneten Ausschnitt bildete, lassen sich nicht kurzer Hand abweisen; noch mehr Eindruck aber hat die Enthüllung gemacht, daß die Kosten des Zollanschlusses sich auf rund 200 Millionen Mark belaufen würden. Wenn auch der Beitrag des Reichs, der höchstens 40 Millionen Mark betragen soll, hierdurch nicht berührt wird, so verschließt man sich doch nicht der schweren moralischen Verantwortung, die gegenüber den Hamburgern auf diese Weise übernommen werden würde. So reich die Stadt auch ist, so kann es ihr nicht leichten Herzens zugemuthet werden, eine Schuldenlast von 160 Mill. zu übernehmen; der Rückschlag, der unausbleiblich erscheint, würde in einem Sinken des Hanseestädtischen Wohlstandes und Handels sich für ganz Deutschland fühlbar machen. Selbst die Conservativen zweifeln angesichts der Sachlage daran, daß es möglich sein wird, die Zollanschluß-Vorlage noch in diesem Jahre zu Stande zu bringen und sie gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk dem Reichskanzler auf den Tisch zu legen. Im Centrum aber hat man nur malitiöse Mienen, wenn auf die Hamburger Frage die Unterhaltung gelenkt wird. Ein überaus heftiger Angriff der „N. A. Z." gegen Herrn Windthorst, als einen Agenten des Auslandes, als einen Mann, der für die Ehre Deutschlands und für seine Großmachtsstellung kein Interesse und kein Verständniß zeige, und der einen Einspruch Englands und Rußlands in die Regelung der Zollverhältnisse an der Unterelbe fürchte, hat in den Reihen der Ultramontanen überaus böses Blut gemacht. Die „Germania" nennt den Artikel „scandalös" und weder der Finanzminister noch Fürst Bismarck wollen ihn, wie der Erstere in der letzten Commissionssitzung versicherte, „geschrieben" haben. „Geschrieben" hat ihn der Reichskanzler sicher nicht, aber daß er ihn angeordnet hat, bezweifelt Niemand. So klar es nun ist, daß Fürst Bismarck nach Spatzen nicht mit Kanonen schießt und eine blos sachliche Differenz mit dem Centrumsführer ihn nicht zu einem so heftigen Zornesausbruch veranlaßt haben würde, eben so unklar ist der tiefere Grund dieser Gereiztheit, unklar wenigstens in seiner Specialisirung.

Denn daß noch mancher Keim des Zwistes zwischen den beiden vertragschließenden Mächten, dem Reichskanzler und der ultramontanen Partei, liegt, darüber konnte der Höflichkeitsaustausch in der vorigen Woche nur einen oberflächlichen Beurtheiler täuschen. Aber auch die Ablehnung des Volkswirthschaftsraths durch das Centrum hat den Kanzler nicht so in Harnisch gebracht, wie mehrfach versichert wurde. Er wußte es wissen und wußte es auch recht gut, daß Herr Windthorst in jener Frage unmöglich den Schimpf eines schroffen Sinneswechsels im Vergleich zur vorigen Session auf sich nehmen konnte, und daß er in der Gruppirung seiner Getreuen und in der theilweisen Fernhaltung derselben von der Abstimmung schon das Aeußerste an Entgegenkommen geleistet hatte.

In der That ist der Riß, der sich, wie es scheint, vor Aller Augen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Centrum aufthut, ein deutlicher Beleg dafür, daß die seit mehreren Tagen in Abgeordnetenkreisen umlaufenden Gerüchte auf Wahrheit beruhten, wonach vertrauliche Verhandlungen über die Erzielung eines grundsätzlichen Einverständnisses zwischen dem Kanzler und den Ultramontanen gepflogen wurden, und es darf jetzt wohl als feststehend gelten, daß diese Besprechungen, die sich allem Vermuthen nach auf die Einzelheiten der Bismarck'schen Reformpläne, auf seine socialpolitischen Vorlagen ebenso wie aufs Tabakmonopol bezogen hatten, ohne Ergebniß, wenn nicht gar mit einem negativen Resultat verlaufen sind.

Welche Aussichten sich damit für den ferneren Gang der inneren Politik eröffnen, läßt sich noch gar nicht absehen. Ein Scheitern der klerikal-conservativen Mehrheit wäre gleichbedeutend mit der unbedingten Nothwendigkeit einer Reichstagsauflösung, wenn die Politik von dem todten Strang, auf welchen sie gerathen, überhaupt einmal herunterkommen soll.

So viel können wir versichern, daß in allen ernsthafteren Kreisen die Lage als eine ungemein kritische betrachtet wird. Andererseits fehlt es auch nicht an dem Humor, der die Düsterkeit der Lage freundlich erleuchtet. Als am Dienstag im Foyer Herr v. Forckenbeck dem Abg. Windthorst begegnete, begrüßte er ihn, wie man uns mittheilt, mit den wohlgemeinten Worten: „Guten Tag, Herr College Reichsfeind", ein Witz, der mit verständnißinniger Heiterkeit aufgenommen und weiterverbreitet wurde.

Zur Sache bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz": „Zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Windthorst weht, wenn man wenigstens aus der Sprache der Officiösen die Anschauungen des ersteren erkennen kann, schon wieder eine recht schneidige Luft. Eine Frage Windthorst's in der letzten Sitzung der Hamburger Zollanschlußcommission, ob nicht die geplanten Zollveränderungen auf der Elbe vielleicht den Einspruch auswärtiger Mächte hervorrufen könnten, wird von der „Nordd. Allg. Ztg." als Appell an das Ausland aufgefaßt und mit hohem Aufwand von Entrüstung zurückgewiesen. Ohne Zweifel schießt das officiöse Blatt mit dieser Auffassung weit übers Ziel hinaus und seine Entrüstung, so gerechtfertigt sie sein würde, wenn seine Darstellung der Sachlage richtig wäre, ist darum verschwendet. Wir betrachten diesen Zeitungskampf, der am Dienstag auch die Zollanschlußcommission in Bewegung setzte und vielleicht noch sein parlamentarisches Nachspiel haben wird, nur als ein interessantes Anzeichen der politischen Stimmung, und von diesem Standpunct aus können wir von den neuen Aussichten, die er eröffnet, nur befriedigt sein. Dem Führer des Centrums wird Mangel an Patriotismus und Nationalgefühl vorgeworfen, dafür spricht die „Germania" von officiöser Verleumdung, dreister Entstellung der Wahrheit, scandalöser Verdächtigung u. s. w. Zu Zeiten des blühendsten Culturkampfes war die Stimmung nicht gereizter. Vor wenigen Tagen lehnte Windthorst den Volkswirthschaftsrath ab; heute kann er sich aus der „Norddeutschen" belehren, wie sehr er damit die schönen Illusionen von der conservativ-klerikalen Allianz und der Gunst des Reichskanzlers zerstört hat. Daß das Freundschaftsverhältniß des Reichskanzlers und der Conservativen mit dem Centrum keinen langen Bestand hat, haben wir nie bezweifelt. Daß aber die junge Liebe schon so bald wieder in den alten Haß umschlagen werde, haben wir nicht vorausgesehen. Noch ein paar „Zwischenfälle" und die Lage wird erfreulich geklärt sein."

Leipzig, 8. December.

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Etatsberathung fort und erledigte (wie schon gestern telegraphisch gemeldet) ohne erhebliche Debatte die Etats des Eisenbahn- und des Bankwesens. Alsdann wurden die der Budgetcommission überwiesenen Theile des Militairetats berathen und durchweg nach den Beschlüssen der Commission angenommen. Aus der Debatte ist wenig von allgemeinerem Interesse hervorzuheben; u. A. wurde dem Wunsch nach Verlängerung der Recrutenvacanz Ausdruck gegeben. Abg. Sonnemann erklärte, daß die Volkspartei gegen das gesammte Extraordinarium stimmen werde. Abg. v. Bühler kündigte seinen bekannten Abrüstungsantrag wieder an. Bei der Forderung für ein Militair-Knabenerziehungsinstitut in Neubreisach wendete sich Abg. Richter-Hagen gegen die Grundsätze, nach denen diese Institute verwaltet werden und überhaupt das Militairerziehungswesen geordnet sei, und beantragte Streichung des Postens. Derselbe wurde an die Budgetcommission zurückverwiesen. Darauf wurde die Fortsetzung der Etatsberathung auf Mittwoch vertagt.

Ueberwiegend macht sich in der politischen Welt die Ansicht geltend, daß es nicht möglich sein werde, die Reichstagssession noch vor Weihnachten zu schließen, und daß die Unbequemlichkeit des Zusammentagens von Reichstag und preußischem Landtag im Januar deshalb kaum zu vermeiden sein dürfte. Bei angestrengtester Thätigkeit läßt sich in dieser und der nächsten Woche, der einzigen noch zur Disposition stehenden vor Beginn der Festtage, nicht mehr erledigen als den Etat in zweiter und dritter Lesung und allenfalls der Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Socialistengesetzes. Würde es bei der Absicht, die Session zu schließen, sein Bewenden haben, so müßte also auf die Berathung der Vorlagen, betreffend die Berufsstatistik, den Reichstagsneubau und die kleineren elsaß-lothringischen Justizgesetze (Notariatsordnung x.) verzichtet werden, eine Geschäftslage, die kaum den Anschauungen des Fürsten Bismarck entsprechen dürfte. Dabei sind noch nicht einmal die liberalen Socialreformanträge in Betracht gezogen, an deren gründlicher Berathung oder doch wenigstens Besprechung Freunde wie Gegner ein gleich dringendes Interesse haben.

In Reichstagskreisen ist es aufgefallen, daß, während der officiöse Telegraph über den Empfang des Reichstags-Präsidiums beim Kaiser schon am Montag Vormittag Berichte nach auswärts versandte, dem Reichstage selbst in seiner Sitzung am Montag eine dahin gehende Mittheilung seitens des Präsidiums nicht gemacht wurde. Noch kurz vor der Sitzung wurde der in Rede stehende Empfang der Herren Präsidenten von Levetzow und Ackermann beim Kaiser im Foyer des Reichstages besprochen und vielerseits erwartete man, daß in gewohnter Weise der Präsident des Reichstages sofort nach der Sitzung über den Empfang berichten werde. Um so überraschter war man, als nach Eröffnung der Sitzung der Herr Präsident nur die üblichen geschäftlichen Mittheilungen dem Hause machte und dann sofort die Debatte über die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände eröffnete.

In der am 5. December unter dem Vorsitze des Staatsministers von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurden zunächst die Vorlagen, betreffend die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1880/81 und betreffend die Erwerbung eines Bauplatzes für das Reichstagsgebäude, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Controle des Reichshaushaltes und des Landeshaushaltes von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1881/82, wurde genehmigt. Auch dem Entwurfe eines Gesetzes über die Erhebung einer Berufsstatistik und die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882 ertheilte, gemäß den Anträgen der Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen, die Versammlung ihre Zustimmung. Ein Antrag des Ausschusses für Justizwesen, betreffend Herstellung einer Statistik der Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze, wurde angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik sowie die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882 ist dem Reichstag zugegangen. Die Kosten werden auf 1,152,500 Mark veranschlagt. In der „Begründung" wird das Bedürfniß nach einer gleichmäßig bearbeiteten eingehenden Berufsstatistik hervorgehoben, welche sich aus dem Urmaterial der Volkszählung nicht herstellen lasse. „Die Aufgaben der Gesetzgebung erheischen aber dringend den Besitz zuverlässiger statistischer Angaben über die Berufsclassen, in welche die Bevölkerung zerfällt. Sowohl in Erörterungen über die Wirkungen wirthschaftlicher [illegible]e und Anordnungen, als auch bei den Verhandlungen [illegible] das Unterstützungswohnsitzgesetz hat der völlige Mangel [illegible] weder auch nur annähernd richtigen Berufsstatistik sich [illegible]ar gemacht. Ebenso bei der Untersuchung über die [Noth]wendigkeit und Durchführbarkeit der neuerdings in den [Vor]dergrund getretenen socialpolitischen Probleme — insbesondere der wirksameren Fürsorge für die durch Unfall, Invalidität und Alter erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter. Die auf diesem Gebiete liegenden Aufgaben der Gesetzgebung werden nur dann eine gedeihliche Lösung finden können, wenn den gesetzgebenden Factoren die Möglichkeit gewährt wird, sich über die thatsächliche Entwickelung und derzeitige Gestalt des gesammten nationalen Erwerbslebens genau und zuverlässig zu unterrichten. Insbesondere wird sich nur auf Grund einer auf zuverlässigen statistischen Ermittelungen beruhenden Kenntniß unserer gesammten Erwerbsverhältnisse beurtheilen lassen, in welcher Gestalt und in welchem Maße die Organisation corporativer Genossenschaften behufs Lösung jener socialen und wirthschaftlichen Aufgaben durchführbar ist. Eben wegen dieser Beziehungen zu weittragenden socialpolitischen Entwürfen wird der Gesetzentwurf nicht ohne einiges Mißtrauen aufgenommen; ferner erregen die Strafandrohungen für wahrheitswidrige Beantwortung der gestellten Fragen vielfach Bedenken. Auch den Nachweis wird man vermissen, daß und warum eine zuverlässige Berufsstatistik nicht billiger und zweckmäßiger zugleich mit einer neuen Volkszählung veranstaltet werden kann. Ohne mannichfache Anfechtungen wird auch diese Vorlage nicht bleiben.

Man schreibt uns aus Berlin vom Dienstag: „In Bezug auf die gestrigen Verhandlungen der von den drei liberalen Fractionen eingesetzten Subcommission zur Vorberathung des Haftpflichtgesetzes ist strenge Geheimhaltung verkündet worden. Die ironischen Commentare, mit welchen die Conservativen heute diese Thatsache begleiten zu sollen glauben, entbehren indessen der Begründung; bei den Herren von der Rechten ist der Wunsch der Vater des Gedankens, wenn sie von einer recht großen Zersplitterung und unheilbaren sachlichen Differenz unter den Liberalen reden und die auferlegte Geheimhaltung als Beweis für diese Behauptung anführen. In Wirklichkeit hat man sich liberalerseits zu der Maßregel, die ergriffen worden, nur deshalb entschlossen, um zu verhindern, daß incorrecte, allen Deutungsversuchen preisgegebene und deshalb nothwendig zu einem schroffen Urtheil führende Darstellungen von der Thätigkeit der Commission in die Oeffentlichkeit dringen. Man will die Ergebnisse der gepflogenen Unterhandlungen nur in ihrer Gesammtheit und nur in vollkommen autorisirter Form der Kritik übergeben, d. h. also nicht eher, als bis die Berathungen abgeschlossen sind und der bezügliche Antrag auf Revision des Haftpflichtgesetzes im Hause eingebracht ist. Nach wie vor besteht die Absicht, den bezüglichen Entwurf noch im Laufe der Woche fertigzustellen."

In der Commission für den Zollanschluß Hamburgs an das Zollgebiet, welche am Dienstag vor der Plenarsitzung des Reichstages tagte, führte der (von uns an anderer Stelle erwähnte) Angriff der „N. A. Z." auf den Abg. Windthorst zu einer erregten Scene, welche den anwesenden Finanzminister Bitter sehr peinlich berühren mußte. Windthorst behauptete, daß er gar nicht behauptet habe, was die „Nordd. A. Z." ihm in den Mund lege, und erklärte den Artikel des officiösen Blattes als eine ihm zugefügte persönliche Beleidigung, als eine Antastung seiner Ehre u. s. w. Ueber die weiteren sich hieran schließenden sehr erregten Auseinandersetzungen beschloß man Discretion walten zu lassen. Windthorst soll ferner darauf bestehen, daß das genannte Organ nach erfolgter Klarstellung der Angelegenheit eine Entschuldigung bringe. In wie weit Dies geschehen wird, muß sich ja in der nächsten Zeit herausstellen. Im Uebrigen hat die Commission noch keine Beschlüsse gefaßt, sondern die wirthschaftliche Seite der Anschlußfrage debattirt.

Man schreibt uns aus Wien vom Dienstag: „Es giebt hier zu mancherlei Bedenken Anlaß, daß die französische Presse in dem diplomatischen Conflicte zwischen Oesterreich und Rumänien ihre Sympathien den Bukarester Regierungskreisen zuwendet und für Oesterreich wenig freundliche Worte hat. In dieser Richtung ist heute eine hiesige hochofficiöse Auslassung bemerkenswerth, welche darauf hinweist, daß der neue Leiter des auswärtigen Amtes in Paris schon vorher ähnliche intime Beziehungen mit den radicalen Führern Rumäniens unterhielt, wie seiner Zeit Napoleon III. mit den revolutionslustigen Bojaren. Der Verdacht liegt nahe, heißt es weiter, daß Gambetta nicht übel Lust verspürt, dem östlichen Zweige der lateinischen Race gelegentlich in seiner Weise hilfreich unter die Arme zu greifen, um an der unteren Donau für gewisse Ereignisse treue Bundesgenossen zu haben. In Bukarest fehlt es seit einigen Monaten nicht an Anzeichen, daß die Beziehungen mit Frankreich, nicht die officiellen, sondern die der radicalen Parteiführer, wieder besonders freundschaftlich geworden und Mancherlei officiös über die Köpfe der beglaubigten Diplomaten hinweg verhandelt wurde. Dabei ist zu bemerken, daß die französische Presse ganz leidenschaftlich den ausschließlich rumänischen Standpunct in der Donaufrage unterstützte. Die nächste Zukunft dürfte uns wohl belehren, ob dieser Liebesdienst blos platonischer Neigung gegen das „stammverwandte Brudervolk" entsprungen, oder ob diese publicistische Verbrüderung zwischen Paris und Bukarest nur das Vorspiel einer offenen diplomatischen Unterstützung sein soll."

Aus Pest wird vom Dienstag telegraphisch gemeldet, daß in Komorn ein elegant gekleideter Mann verhaftet worden, weil er eine Skizze der Festungswerke zeichnete. Der Verhaftete behauptet Spanier zu sein, man hält ihn indeß für einen Franzosen oder Italiener. Zur Feststellung der Persönlichkeit des Verhafteten wird derselbe nach Pest gebracht werden.

Die türkische Regierungspresse nimmt zur bosnischen Wehrfrage eine abweisende Stellung ein und meint, daß Wehrgesetz für Bosnien widerspreche geradezu der April-Convention und schädige die Souveränität des Sultans. In diesem Sinne sprechen sich namentlich die türkischen Regierungsjournale „Wakit" und „Osmanli" sehr nachdrücklich aus. Das letztere Blatt glaubt, die Pforte hätte zweifellos Recht zu protestiren und Oesterreich-Ungarn alle Ursache, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen nicht zu stören. Man glaubt indeß, daß schließlich noch eine Verständigung zwischen der Pforte und dem Wiener Cabinete zu Stande kommen werde.

Graf Kalnoky ist am Dienstag von St. Petersburg abgereist. Das „Journal de St. Pétersbourg" giebt dem Bedauern über die Abreise des Grafen, welcher seinen Souverain bei dem kaiserlich russischen Hofe so würdig vertreten und so viel dazu beigetragen habe, die Bande der Freundschaft zwischen beiden Kaiserreichen enger zu knüpfen, Ausdruck und sagt: „Wir sind überzeugt, daß Graf Kalnoky auf den neuen Posten eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns berufen ist, um das gute Einvernehmen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen zu erhalten und noch zu befestigen und so Beziehungen zwischen beiden Nationen auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, dieser Bedingung für eine befriedigende Lösung der schwebenden Fragen und für eine gedeihliche Entwickelung beider Reiche auf dem friedlichen Wege des Fortschritts herzustellen."

Wie man aus Petersburg vom 5. d. telegraphisch berichtet, ist es der dortigen Polizei gelungen, einigen Urhebern der jüngsten Verbreitung der nihilistischen Zeitschrift „Zerno" auf die Spur zu kommen und jene zu verhaften. Bei einem reichen Gutsbesitzer Namens Nikolaus Korostowzow, der in einem eleganten Hause der Morskaja wohnte, sind nämlich mehrere tausend Exemplare der genannten Zeitschrift in Schränken gefunden worden, die mit geheimen Fächern versehen waren. In einem derselben fand man auch Adressen und Briefe, welche zu weiteren Verhaftungen Anlaß gaben. Die Polizei drang in das Schlafzimmer Korostowzow's ganz unvermuthet ein. Als er sich entdeckt sah, wollte er nach einem sechsläufigen Revolver greifen, der auf seinem Schreibtische lag, ward aber daran verhindert. In dem Kampfe, der sich um die Beschlagnahme des Revolvers entspann, ging ein Schuß los, ohne indeß Jemand zu verletzen.

Aus Konstantinopel geht die Nachricht ein, daß die Lage der Dinge in Albanien die Pforte veranlaßt, Derwisch Pascha auf seinem Posten zu belassen und ihm außer den Vilajets von Kosovo, Monastir und Ipek auch noch das von Salonichi unterzuordnen. Die Durchführung der Conscription stößt in Albanien noch fortwährend auf große Hindernisse, wiewohl Derwisch Pascha sehr energisch vorgeht. In den nächsten Tagen wird er sich an die serbische Grenze begeben, um die Beschwerden der serbischen Regierung über die wiederholten Einfälle der Albanesen zu untersuchen.

Die conservativen Parteigruppen des französischen Senats beabsichtigen, im Verein mit den Abtrünnigen des linken Centrums noch vor der Vertagung der Kammern einen entscheidenden Schlag gegen das Ministerium Gambetta zu versuchen. Der Ausfall der Delegirtenwahlen mußte die Führer der Rechten im Senate belehren, daß, sobald sie erst die Frist bis zu den Erneuerungswahlen ungenützt verstreichen ließen, Gambetta in beiden parlamentarischen Körperschaften über eine geschlossene Mehrheit verfügen wird. Hieraus erklärt es sich, daß gerade jetzt alle Anstrengungen zu einem Ansturm gegen das neue Cabinet gemacht werden. Jules Simon hat zu diesem Behufe sogar die Leitung des „Gaulois" übernommen, der alltäglich feindselige Artikel gegen den Ministerpräsidenten veröffentlicht. In einem dieser Artikel, als dessen Verfasser Jules Simon selbst gilt, werden die Parteigänger Gambetta's in zwei Kategorien, die „meneurs" und „menés", eingetheilt, welche letztere wieder in besondere Kategorien zerfallen; und zwar sind es hier die „Dummen" und die „Feigen", welche das hauptsächliche Contingent stellen sollen.

Wie die Wiener „N. Fr. Pr." meldet, wird Minister Mancini demnächst in der italienischen Kammer officielle Erklärungen über die auf Italien bezüglichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage geben. Die italienische Regierung kann sich allerdings, meint das genannte